

# Ausstieg heißt Abstieg

Unverhohlen werden Öl- und Gasvorkommen als geopolitische Waffe gegen westliche Industrieländer in Stellung gebracht. Deutschland braucht daher eine neue Energiepolitik, die Kernkraft einschließt Von

Seit dem Energiegipfel vor einigen Wochen im Kanzleramt wächst die Erkenntnis, dass Deutschland hochgradig von Energieimporten abhängig ist. Vor allem seit Russland gedroht hat, Europa den Gashahn abzudrehen, und sich energiepolitisch als selbstbewusste Weltmacht geriert, sind die freiheitlichen Industriegesellschaften verunsichert.

Russland beharrt auf der Monopolstellung seines staatlich kontrollierten Versorgers Gasprom, weigert sich, die Energiecharta von 1994 zu ratifizieren, und negiert Europas Forderung nach Marktöffnung und rechtsstaatlich gesichertem Wettbewerb. Auch Chinas lautlose Energiestrategie macht die Märkte enger. Aus Lateinamerika droht ebenfalls Ungemach, wenn autoritäre Präsidenten die Öl- und Gasförderung verstaatlichen wollen. Und Iran erscheint nicht nur als autoritärer Staat mit Nuklearambitionen, sondern auch als unbe-rechenbarer Energieproduzent.

Weltweit drohen verschärfte energiepolitische Rivalitäten mit Konflikten und neuen Abhängigkeiten für industrialisierte Länder. Doch für Deutschland ist das Machtspiel um Öl, Gas und Pipelines Neuland. Es hat das energiepolitische "Great Game" über Jahre verschlafen. Schnelle Lernfähigkeit ist also gefordert, eine nationale Interessenpolitik zwingend.

Energiesicherheit muss zentraler Bestandteil der Außenpolitik werden. Nicht mehr weltpolitische Verbesserungsvorschläge, sondern die Neuordnung der Außenbeziehungen unter dem Primat der Energiesicherheit wird vorrangig. Bleibt der Gemeinschaftsgedanke prioritär, oder müssen energiepolitische Interessen stärker national verfolgt werden?

Unter dem Gemeinschaftsaspekt sieht der Vorschlag einer energiepolitischen Nato den Bündnisfall vor, wenn ein Lieferstaat die Energieversorgung unterbricht oder gar aufkündigt. Diese polnische Anregung wird von Außenminister Frank-Walter Steinmeier abgelehnt, doch hat Kanzlerin Angela Merkel ausdrücklich gefordert, dass alle Sicher-

heitsprobleme im Rahmen der Nato diskutiert werden sollten. Im Sinne eines erweiterten Sicherheitsbegriffs sollte konsequenterweise die Nato als Diskussionsforum nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Der zweite gemeinschaftliche Rahmen, die Internationale Energiebehörde, fristet ein Schattendasein, sodass ihre Wiederbelebung kaum zu erwarten ist. Wenig Hoffnung machen auch die Wirtschaftsgipfel der Industrieländer, die seit der Energiekrise 1974 keine energiepolitischen Empfehlungen durchzusetzen vermochten.

Der vierte denkbare Rahmen, eine gemeinsame EU-Energiepolitik, erscheint so brüchig wie viele andere außenpolitische Projekte der EU. Den Europäern ist bis heute keine gemeinsame Energiepolitik gelungen. Auch eine energiepolitische KSZE/OSZE, wie von Steinmeier empfohlen, erscheint gut gemeint. Aber kollektive Sicherheitssysteme, historisch stets gescheitert, machen auch energiepolitisch wenig Hoffnung.

Alle Vorschläge für eine international abgestimmte Energiepolitik können allenfalls eine nationale Energiestrategie ergänzen, aber nicht ersetzen.

Das hat die Koalition mittlerweile verstanden. Erste Ansätze wie der geplante Energiemix zeigen in die richtige Richtung. Doch die Entwicklung von alternativen Energien, die stärkere Diversifizierung der Gas- und Ölimporte reichen nicht aus. Das haben andere Länder erkannt, weltweit wird wieder auf Kernenergie zurückgegriffen: Frankreich bezieht 80 Prozent seines Stroms aus Atomenergie und plant einen weiteren Reaktor. Finnland baut einen fünften Reaktor. Schweden und die Niederlande verlängern die Laufzeiten für Atomkraftwerke, Japan steigert seinen Kernkraftanteil von 30 auf 40 Prozent, China plant den Bau von 50 neuen Reaktoren. Auch die USA und Großbritannien wenden sich wieder der Kernkraft zu.

Deutschland dagegen benimmt sich mit dem Atomausstieg wie ein energiepolitischer Geisterfahrer. Die Ausstiegsphilosophie bedeutet nichts anderes, als

dass Deutschland alle nuklearen Risiken weltweit mittragen muss, sich aber des Nutzens ebenso beraubt wie der forschungspolitischen Grundlagen. Noch verfügt das Land auf dem Gebiet der Nukleartechnik über anerkanntes Wissen und Können, dieses Kapital geht jedoch verloren.

In der Koalition wird die Diskussion über die Kernkraft wegen fundamentaler Meinungsverschiedenheiten dennoch ausgeklammert. Die SPD bleibt bei ihrem Nein und fordert von der Union, den Atomausstieg beizubehalten.

Doch das rot-grüne Abschreckungsszenario zieht nicht mehr. In der Öffentlichkeit wird Atomkraft wieder als Chance gesehen. Nur noch 40 Prozent der Bevölkerung wollen am Ausstieg festhalten, fast 60 Prozent plädieren angesichts der neuen geopolitischen Probleme für Aufgeschlossenheit gegenüber der Atomkraft. Die Mehrheit der Bevölkerung denkt offensichtlich weiter als die Regierung.

Es ist zu hoffen, dass die Physikerin Merkel das durchsetzt, was sie vermutlich persönlich für richtig erachtet: die Fesseln einer ererbten Koalitionsvereinbarung der Vorgängerregierung abzulegen und der Kernenergie Zukunft zu geben.

Angesichts der neuen dramatischen energiepolitischen Abhängigkeiten darf Deutschland nicht die Freiheit aufgeben, sich wieder für die Kernkraft zu entscheiden. Eine öffentliche Diskussion ist überfällig. Nirgendwo ist der neue Primat der nationalen Selbstbehauptung zu Beginn des 21. Jahrhunderts so dringlich wie in der Energiepolitik. Weniger Abhängigkeit von Russland und eine positive Bewertung der Atomkraft würden Deutschland energiepolitisch absichern und seine weltweit führende Rolle in der Energietechnologien ausbauen.

Zitat:

" Deutschland benimmt sich wie ein energiepolitischer Geisterfahrer " " " "

Christian Hacke lehrt Politikwissen-

**schaft an der Universität Bonn.**

**© 2006 PMG Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG**